

Übersichten

September 2001

Außenpolitik

1 Jiang Zemin als Staatsgast in Nordkorea

Im Rahmen der im Frühjahr 2000 begonnenen Dreiecks-Gipfeldiplomatie zwischen Nordkorea, Russland und China ist Jiang Zemin Anfang September einer Einladung Kim Jong-ils, des politischen Führers Nordkoreas, nach Pyöngyang gefolgt. Zuvor hatte Kim Jong-il im Mai 2000 und im Januar 2001 die Volksrepublik China sowie im August 2001 Russland besucht (vgl. C.a., 2000/5, Ü 2, 2001/1, Ü 2), und der russische Präsident Putin war im Juli 2000 in Pyöngyang zu Gast gewesen. Der Besuch Jiang Zemins war insofern ein historisches Ereignis, als der letzte Besuch eines chinesischen Staatspräsidenten, damals von Yang Shangkun, in Nordkorea im Jahr 1992 stattgefunden hatte (C.a., 1992/4, Ü 3); Jiang Zemin selbst war im Jahr 1990 zuletzt in Nordkorea gewesen. Das Ereignis wurde mit einer – die wirtschaftliche Not des Landes überdeckenden – aufwendigen Galavorstellung und Massenaufmärschen von bis zu 100.000 Menschen in Pyöngyang gefeiert.

Jiang wurde von einer rund 100-köpfigen Delegation begleitet, in der sich unter anderen der stellvertretende Ministerpräsident Qian Qichen sowie der Leiter der Organisationsabteilung des ZK der KPCh Zeng Qinghong befanden. Während des dreitägigen Staatsbesuchs vom 3. bis 5. September traf Jiang Zemin zu einem ausführlichen Gespräch mit dem nordkoreanischen Machthaber Kim Jong-il zusammen, der formal die Ämter des Vorsitzenden der Nationalen Verteidigungskommission und des Generalsekretärs der Arbeiterpartei Koreas auf sich vereint. Ferner fanden Unterredungen mit Parlamentspräsident Kim Yong-nam und Ministerpräsident Hong Song-nam statt.

Neben dem offenbaren Wunsch des Gastgebers nach emphatischen Bezeugungen „ewiger Freundschaft“ zwischen China und Nordkorea sowie zwischen den kommunistischen Parteien beider Ländern erfüllte Jiang Zemin auf seinem Besuch vor allem internationale Erwartungen. Bei mehreren Anlässen forderte er die nordkoreanische Seite auf, den innerkoreanischen Dialog wieder aufzunehmen. Dieser hatte im vergangenen Jahr mit der vom südkoreanischen Präsidenten Kim Dae-jung initiierten „Sonnenschein-Politik“ erfolgversprechend begonnen, war in der Folge der außenpolitischen Neuausrichtung der USA unter dem neuen Präsidenten Bush aber von nordkoreanischer Seite ausgesetzt worden. Jiang Zemin soll Kim Jong-il unter Zusicherung außenpolitischer Rückendeckung durch China persönlich dazu aufgefordert haben, Seoul einen Gegenbesuch abzustatten, um die innerkoreanischen Beziehungen und damit Frieden und Stabilität auf der Halbinsel weiter voranzubringen.

Während Nordkorea offenbar im Vorgriff auf Jiang Zemins Mission noch am Vorabend des Staatsbesuches angekündigt hatte, dass es den Dialog mit Südkorea wieder aufnehmen wolle, scheint die Reaktion Kim Jong-ils auf die Anregung seines Gastes sehr verhalten ausgefallen zu sein. Nach Hongkonger Angaben soll er Jiang gegenüber seinen Zweifeln an der Bewahrung des äußeren Friedens im Fall einer Veränderung des Status quo zum Ausdruck gebracht haben. Die Aufnahmebereitschaft für

Jiangs Aufforderung dürfte auch vor dem Hintergrund der Tatsache beschränkt gewesen sein, dass am 3. September das südkoreanische Parlament ein Misstrauensvotum gegen den für die Wiedervereinigungspolitik zuständigen Minister Lim Dong-won abgegeben hatte. Ihm war vorgeworfen worden, Nordkorea zu viele politische Vorleistungen gewährt zu haben, ohne angemessene Gegenleistungen einzufordern.

China selbst ist stark an der Aufrechterhaltung der politischen und sozialen Stabilität auf der koreanischen Halbinsel interessiert. Dies hatte zuletzt der Umgang der chinesischen Führung mit dem Problem illegaler Einwanderer aus Nordkorea gezeigt, wo man zur Vermeidung einer Destabilisierung des nordkoreanischen Regimes deutliche Maßnahmen zur Unterbindung der Immigration nach China ergriffen hatte (C.a., 2001/7, Ü 5). Zur Stabilisierung der innenpolitischen Lage Nordkoreas steht die VR China der Regierung auch mit wirtschaftspolitischen Ratschlägen zur Seite und gewährt dem Land seit Jahren umfangreiche Not- und Entwicklungshilfe. Auf seinem Besuch soll Jiang erneut Hilfslieferungen, darunter 500.000 Tonnen Reis und 300.000 Tonnen Erdöl angeboten haben.

Hauptsächliches Motiv hinter dem Besuch in Pyöngyang dürfte auf chinesischer Seite aber der Wunsch gewesen sein, gegenüber den USA an diplomatischer Hebelkraft zu gewinnen. Angesichts des für Oktober im Rahmen der APEC-Tagung anberaumten – wenn auch aufgrund der Ereignisse vom 11. September deutlich verkürzten – Besuches des US-amerikanischen Präsidenten Bush in China erschien Jiang Zemins Staatsbesuch in Nordkorea als wichtige außenpolitische Karte in den Beziehungen zu Washington. So versprach sich Beijing offenbar Anerkennung für die Vermittlung im innerkoreanischen Dialog und die Unterstützung einer friedlichen Lösung der Spannungen. Darüber hinaus aber schien die chinesische Regierung auch bestrebt, sich als Vermittler für eine Wiederaufnahme sicherheitspolitischer Gespräche zwischen den USA und Nordkorea zu qualifizieren, auf die Präsident Bush zuletzt verstärkt gedrängt hatte.

Zwar haben die weltpolitischen Veränderungen, die zwischenzeitlich eingetreten sind, die Nordkorea-Frage zumindest vorübergehend in den Hintergrund treten lassen, doch könnte China sich durch den Staatsbesuch Jiang Zemins längerfristig als Vermittler für weitere Dialoge zwischen Nordkorea und den USA (und auch anderen westlichen Staaten) profiliert haben, sobald der Bedarf dafür wieder entsteht. (XNA, 4., 5.9.01; Xinhua, 3., 5.9.01, nach BBC PF, 3., 5.9.01; *Wen Wei Po*, 4.9.01, nach FBIS, 4.9.01; Yonhap news agency (Seoul), 2., 5.9.01, nach BBC PF, 2., 5.9.01; KCNA news agency (Pyongyang), 4.9.01; FT, 3.9.01; FAZ, 4., 6.9.01; ZM, 2001/10, S.23) -hol-

2 Vierter EU-China-Gipfel in Brüssel – Kleiner, wenn auch wachsender gemeinsamer Nenner

Nach den bisherigen drei Gipfeltreffen zwischen der EU und China im April 1998, Dezember 1999 und Oktober 2000 fand am 5. September der Vierte EU-China-Gipfel in Brüssel statt. Die beiden Seiten näherten sich ein weiteres Stück einander an, wenn auch unverkennbar blieb, dass die Prioritäten in den auf europäischer und chinesischer Seite bestehenden Interessen nach einer substanziellen Verstärkung der Zusammenarbeit nach wie vor deutlich voneinander abweichen.

Beide Seiten hatten eine stattliche Anzahl hochrangiger Vertreter aufgeföhren: Von chinesischer Seite nahm – im Rahmen einer Besuchsreise durch Irland, Belgien, Russland und Kasachstan – Ministerpräsident Zhu Rongji mit einer 135-köpfigen offiziellen Delegation teil. Unter den Delegationsmitgliedern waren der Außenminister Tang Jiaxuan, der Minister für Außenhandel und wirtschaftliche Zusammenarbeit Shi Guangsheng, der Minister für Wissenschaft und Technologie Xu Guanhua, der Kulturminister Sun Jiazheng und der Direktor der Staatlichen Umweltbehörde Xie Zhenhua.

Die EU wurde vertreten durch den belgischen Ministerpräsidenten und gegenwärtigen EU-Ratspräsidenten Verhofstadt, den Hohen Vertreter der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU Solana sowie den

Kommissionspräsidenten Prodi. An dem Gipfeltreffen nahmen außerdem der belgische Außenminister Louis Michel, der Kommissar für Außenbeziehungen Christopher Patten und Handelskommissar Pascal Lamy teil.

Wie die vorherigen Gipfeltreffen diente auch das diesjährige Treffen dem Abgleichen von Angeboten beider Seiten zur Intensivierung der Kooperation. Noch immer scheint dabei das Bemühen der EU, die chinesische Seite für eine Intensivierung der Zusammenarbeit zu gewinnen, deutlich größer als in umgekehrter Richtung.

Nachdem die Europäische Kommission im Jahr 1995 ein Dokument über „Die langfristige Politik der Europäischen Union gegenüber China“ (KOM (95) 279) und im Jahr 1998 ein weiteres Dokument mit dem Titel „Für eine umfassende Partnerschaft mit China“ (KOM (98) 181) vorgelegt hatte, folgte im Mai 2001 eine Spezifizierung und Erweiterung der darin enthaltenen Strategien: das Dokument „Die China-Strategie der EU: Umsetzung der Grundsätze von 1998 und weitere Schritte zur Vertiefung des politischen Konzepts der EU“ (KOM (2001) 265, abgedruckt in C.a., 2001/5, S.517-529). Ausgehend von der Weiterentwicklung der EU als politische Einheit, insbesondere auch der Konsolidierung einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik, aber auch vom Zuwachs des politischen und wirtschaftlichen Gewichts Chinas in der Welt, hat die Europäische Kommission darin ein sehr weites Feld möglicher bzw. erwünschter Kooperation abgesteckt: von der Intensivierung des Politikdialogs auf allen Ebenen über die Förderung der Transformation Chinas in eine „offene Gesellschaft“ und eine stärkere Integration Chinas in die Weltwirtschaft bis hin zur besseren Nutzung der Ressourcen der China-Hilfe der EG und der Verbesserung der Wahrnehmbarkeit der EU in China (ebenda).

Konkret hatte die Europäische Kommission für das diesjährige Gipfeltreffen folgende Themen vorgeschlagen: (1) Intensivierung des Menschenrechtsdialogs zwischen der EU und China mit dem ausdrücklichen Wunsch, in diesem Bereich effektive Verbesserungen der realen Menschenrechtssituation in China zu erzielen;

dabei hatte man sich nicht gescheut, heikle Fragen wie die Verletzung fundamentaler Freiheiten, willkürliche Festnahmen, Umerziehung in Arbeitslagern, Folter, Repressionen gegen demokratische Aktivisten und Vertreter ethnischer Minderheiten sowie die exzessive Verhängung der Todesstrafe beim Wort zu nennen. (2) Kooperation bei der Bekämpfung von illegaler Einwanderung und Schleusung (angestoßen durch die Tragödie von Dover im Juni 2000); (3) strategische Abstimmung der Zusammenarbeit zwischen der EU und China innerhalb der WTO in der nächsten WTO-Runde, in der China voraussichtlich als Mitglied partizipieren wird (im Vordergrund steht hier das eklatante, weiterhin wachsende Handelsdefizit der EU gegenüber China, das man im Zuge des WTO-Beitritts Chinas zu reduzieren hofft); sowie (4) Abkommen und Dialoge in verschiedenen Sektoren (Seetransport, Zoll, Wissenschaft und Technologie, Umweltschutz, Telekommunikation und Wissensgesellschaft, Energie, Unternehmenspolitik und -regulierung, Wettbewerbspolitik, Satellitentechnik und Finanzmarktregulierung).

Die chinesische Seite fühlte sich von dem erneuten Anlauf der EU für eine Intensivierung der Kooperation seit dem Frühjahr dieses Jahres offenbar etwas überfahren. Aus dem Umkreis der für die Europapolitik zuständigen Staatsratsbehörden in Beijing war zu hören, dass man über die Neuaufgabe der China-Strategie der EU überrascht und zunächst unsicher war, ob man darauf überhaupt und, falls ja, wie reagieren sollte. Nach einiger Bedenkzeit soll man sich aber dazu entschlossen haben, zumindest selektiv auf die Kooperationsangebote der EU einzugehen.

Think tanks der Regierung arbeiteten daraufhin eine Reihe von Gegenangeboten aus, in denen sie versuchten, dem Wunsch der EU nach „Taten statt Worten“ entgegenzukommen. Aus dem darin formulierten chinesischen Interesse an einer Kooperation mit der EU gehen die folgenden Prioritäten hervor: (1) Im aus chinesischer Sicht vorrangigen wirtschaftlichen Bereich wünscht man sich eine verstärkte Zusammenarbeit auf den Gebieten kleiner und mittlerer Unternehmen, Investitionen im Finanz-

dienstleistungsbereich und im Technologiesektor, im Agrar- und Veterinärsektor sowie der Abstimmung von außenwirtschaftlichen Vergünstigungen für die osteuropäischen EU-Kandidaten, von denen China Nachteile befürchtet. (2) Im politischen Bereich unterstützt die chinesische Seite grundsätzlich die EU-Politik einer Kopplung von „Dialog, Kooperation und Hilfe“. Im Vordergrund des chinesischen Interesses stehen aber gerade nicht die für die EU prioritären Fragen der Verbesserung der Menschenrechtssituation und der Förderung der gesellschaftlichen Transformation in China, sondern vielmehr strategische weltpolitische Interessen. So sieht die chinesische Führung – oder wünscht sich zumindest – die EU auf ihrer Seite, wenn es darum geht, gegenüber den USA unabhängige Positionen in einer seit Jahrzehnten beschworenen multipolaren Welt zu besetzen. Besonders in den Fragen einer Opposition gegen die NMD-Pläne der USA, der Verbesserung des Nord-Süd-Dialogs, des Abbaus der durch die Globalisierung verstärkten Kluft zwischen Arm und Reich, der Stärkung der UN in internationalen politischen Entscheidungsprozessen und der Zusammenarbeit in internationalen Organisationen hofft man auf eine stärkere Kooperation mit Europa.

In der Pressemitteilung über die Ergebnisse dieses Vierten EU-China-Gipfels, die die Vertreter der beiden Seiten in diesem Jahr zum ersten Mal gemeinsam abgaben, wurden einige positive Schnittmengen der beiderseitigen Kooperationsinteressen, vor allem aber Unterschiede in den Prioritäten der EU und Chinas deutlich. So wurde eine Verstärkung des Politikdialogs in erster Linie in Fragen der internationalen und regionalen Sicherheitspolitik, einschließlich der Nichtverbreitung von Atomwaffen, der Rüstungskontrolle und der Abrüstung vereinbart. Das Thema der Menschenrechte, das nach Angaben von EU-Vertretern als ein sehr wichtiges Thema des Gipfeltreffens gegolten hatte, wurde sehr vage und mit der Betonung „gegenseitigen Respekts“ benannt. Die tiefen Gräben, die auf diesem Gebiet bestehen, konnten offenbar nicht überbrückt werden. Auch bezüglich einer Förderung der Transformation Chinas in eine „offene Gesellschaft“

war kein Entgegenkommen der chinesischen Seite zu verzeichnen. Die zahlreichen Projekte der Entwicklungszusammenarbeit zwischen der EU und China auf diesem Gebiet scheinen in erster Linie innereuropäischen Konzepten und Legitimationsbedürfnissen zu entsprechen.

Wie tief die Gräben in der Menschenrechtsfrage sind, mag eine Passage aus einem Bericht über das Brüsseler Gipfeltreffen in der Beijing-nahen Hongkonger Zeitschrift *Ta Kung Pao* verdeutlichen, wo es hieß: „Abgesehen von einer sehr kleinen Anzahl von Personen mit extremen Beweggründen kritisiert die große Mehrheit der Bevölkerung und der Medien der EU die Menschenrechtssituation in China aus einem Missverständnis über die Situation Chinas heraus bzw., weil sie von der verzerrten Propaganda und den böartigen Angriffen überseeischer 'Propagandisten', Mitgliedern der separatistischen Clique um den Dalai Lama oder Falungong-Mitgliedern beeinflusst sind. Um dieser Haltung zu begegnen, hat Ministerpräsident Zhu Rongji offizielle Vertreter und Journalisten aus der EU eingeladen, jeglichen Ort in China, einschließlich Tibet, zu besuchen und sich vor Ort umzuschauen.“ (*Ta Kung Pao*, 8.9.01)

Zufrieden zeigte man sich mit der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung illegaler Einwanderung und Schleusung seit dem letzten Jahr sowie bezüglich der konkreten Frage eines Seetransportabkommens, das den ungehinderten Zugang zu Häfen und anderen Einrichtungen sichern soll. Die formalen Verhandlungen für dieses Abkommen wurden direkt im Anschluss an das Gipfeltreffen aufgenommen; auch über ein Zollabkommen sollen demnächst die Verhandlungen aufgenommen werden. Vage blieb allerdings auch die Frage der Zusammenarbeit in internationalen Organisationen. Abgesehen von Hoffungsbekundungen über weitere Liberalisierungsschritte nach dem WTO-Beitritt Chinas wurden keine Abstimmungen hinsichtlich gemeinsamer weltwirtschaftlicher oder weltpolitischer Strategien benannt, sei es in der WTO, den Vereinten Nationen oder anderen internationalen Organisationen. Hier scheint sich die EU dem chinesischen Wunsch verweigert zu haben, sich im Sinne einer multipolaren Opposition gegen das von China

empfundene US-amerikanische Hegemoniestreben vereinnahmen zu lassen. (http://europa.eu.int/comm/external_relations/w36/4.htm; XNA, 6., 7., 9., 12.9.01; *Ta Kung Pao*, 6., 8.9.01, nach FBIS, 6., 8.9.01; Hong Kong AFP, 5.9.01, nach FBIS, 5.9.01; FAZ, 6.9.01) -hol-

3 Einladungsdiplomatie in Irland und Belgien

Ministerpräsident Zhu Rongji verband seine Reise zum Vierten EU-China-Gipfel mit Besuchen in Irland und Belgien. In beiden Ländern sprach er zu mehreren Anlässen Einladungen an offizielle Vertreter und Journalisten aus, sich vor Ort in China ein Bild von der Situation im Lande zu machen.

Vom 2. bis 4. September hielt sich Zhu in Dublin auf, wo er mit dem irischen Ministerpräsidenten Aherne und der Staatspräsidentin McAleese zusammentraf. Gegenstand der Gespräche waren der Ausbau des bilateralen Handels, konkrete Fragen wie Kooperation im IT-Bereich, der Austausch von Studenten und die Anwerbung chinesischer Bauarbeiter durch irische Firmen, aber auch Chinas sicherheitspolitische Anliegen eines Widerstands gegen die Raketenabwehrpläne der USA. Die beiden Seiten unterzeichneten ferner ein „Memorandum of Understanding“ über Zusammenarbeit im kulturellen Bereich.

Während seines Besuchs in Irland sah sich Zhu Rongji wiederholt mit Vorwürfen bezüglich chinesischer Menschenrechtsverletzungen konfrontiert. In Dublin fanden kleinere Proteste gegen die Behandlung der Falungong-Bewegung sowie gegen die Unterdrückung der kulturellen Autonomie Tibets statt. Als Zhu sich außerdem kritischen Fragen von Journalisten stellen musste, erwiderte er, die Anschuldigungen gegen China seien grundlos und wohl darauf zurückzuführen, dass diejenigen, die sie erhöben, selbst noch nie in China gewesen seien. Diese Offensive verband er – zur Verwirrung einiger Anwesender – mit einer Einladung an alle Interessierte der irischen Medienwelt, ihr Bild von China auf einer Reise in das Land zu korrigieren, und zwar auf Kosten der chinesischen Regierung. Medienvertreter reagierten am nächsten Tag

damit, dass sie durchaus Interesse an einer Chinareise bekundeten, die Kosten dafür jedoch selbst tragen wollten.

Ähnlich verfuhr Zhu Rongji in Belgien, wo er am 6. September im Anschluss an den EU-China-Gipfel eine offizielle Einladung des belgischen Ministerpräsidenten Verhofstadt annahm. Neben den Themen eines Ausbaus der wirtschaftlichen Beziehungen, einer Kooperation bei der Bekämpfung illegaler Einwanderung und einer Intensivierung des Dialogs der beiden Länder über ihre Afrikapolitik stand die Strategie der chinesischen Regierung zur Entwicklung Westchinas im Mittelpunkt der Gespräche. Zhu Rongji warb hier für das Investitionsklima in den Westregionen Chinas und lud in diesem Zusammenhang belgische Geschäftsleute ein, die Geschäftschancen auf einer Reise nach Westchina selbst zu überprüfen. Ihm wurde zugesagt, dass im nächsten Jahr eine belgische Delegation die Einladung annehmen wolle.

Auch Ministerpräsident Verhofstadt nahm eine Einladung Zhu Rongjis für eine Chinareise im nächsten Jahr an, die ihn unter anderem in die Autonome Region Tibet führen soll. Wie belgische Medien urteilten, sei eine offizielle Einladung nach Tibet ein zweischneidiges Schwert, da zum einen die chinesische Seite damit zwar bezüglich des Schutzes von Menschenrechten eine gewisse Verbindlichkeit eingee, zum anderen der offizielle Besuch aber leicht für eine Legitimation der chinesischen Herrschaft über diese Region vereinnahmt werden könne. (XNA, 5.9.01; Xinhua, 7.9.01, nach BBC PF, 7.9.01; RTBF Radio 1 (Brüssel), 6.9.01, BBC PF, 7.9.01; NZZ, 3.9.01; SCMP, 7.9.01; *Ta Kung Pao*, 7.9.01, nach BBC PF, 7.9.01) -hol-

4 Zhu Rongji in Russland – Versuche einer Ausfüllung der „gutnachbarlichen Freundschaft“

Im Anschluss an seine Besuche in der EU reiste Ministerpräsident Zhu Rongji nach St. Petersburg, der Partnerstadt Shanghais, weiter. Sein fünf-tägiger Besuch vom 7. bis 12. September war vor allem dem 6. Treffen der Ministerpräsidenten Chinas und Russlands gewidmet, das im re-

gelmäßigen Rhythmus der 1996 ein-geleiteten Arbeitstreffen anberaumt war. Hauptzweck der Gespräche war es, die Implementierung des „Vertrags über gutnachbarliche Freundschaft und Zusammenarbeit“ voranzutreiben, der im Juli dieses Jahres von dem chinesischen Staatspräsidenten Jiang Zemin und dem russischen Präsidenten Putin unterzeichnet worden war (vgl. C.a., 2001/7, Ü 1). Zhu Rongji, der von zahlreichen, zum Teil neu hinzugestoßenen hochrangigen Staatsratsvertretern begleitet wurde, traf neben dem russischen Ministerpräsidenten Kasyanov außerdem in Moskau mit Präsident Putin sowie Parlamentssprecher Stroyev zusammen. Inhalt und Ergebnisse der Gespräche, die in einem Kommuniké zusammengefasst wurden, standen noch nicht unter dem Eindruck der Ereignisse des 11. September.

Beide Seiten betonten wiederholt ihr starkes Interesse an praktischen Resultaten, die der „strategischen Partnerschaft“ zwischen den beiden Staaten mehr Substanz verleihen sollten. Im Vordergrund standen dabei die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen der VR China und der russischen Föderation. Die Betonung dieser Bereiche mag der Tatsache geschuldet sein, dass gerade die wirtschaftlichen Kontakte zwischen den beiden Staaten noch stark ausbaufähig sind – insbesondere ist China bestrebt, sein Handelsbilanzdefizit mit Russland durch gezielte Handelsförderungsmaßnahmen abzubauen. Die Betonung dieser Bereiche könnte aber auch Reflex davon sein, dass die militärischen und bündnisstrategischen Vereinbarungen, die im Vertrag vom Juli abgeschlossen worden sind, in Moskau als unangenehme Bürde empfunden werden: Russland hat sich damit in eine sicherheitspolitische Verbindlichkeit gegenüber der VR China zwingen lassen, die einer Annäherung an die USA und an das westliche Verteidigungsbündnis in Zukunft im Wege stehen könnte (vgl. ebenda). Wenn Zhu Rongji die russisch-chinesischen Beziehungen anlässlich seines Besuchs mit einem „gut eingefahrenen Motor auf der Autobahn“ verglichen hat, so könnte auf russischer Seite der Eindruck vorherrschen, dass es die chinesische Seite ist, die diesen Motor steuert.

Im Zuge des Ministerpräsidententreffens wurden neben verschiedenen protokollarischen Dokumenten unter anderem die folgenden Abkommen unterzeichnet:

- Abkommen über die Anfertigung einer Feasibility-Studie für eine geplante 1.700 km lange Ölpipeline von Russland nach China, die bis zum Jahr 2005 fertig gestellt werden soll;
- Vertrag über den Kauf von fünf russischen TU 204-120 Flugzeugen durch China;
- Abkommen über Sicherheit im Flugverkehr;
- Artikel über die Einrichtung eines Unterausschusses für Kommunikation und Informationstechnologie.

Gegenstand der Gespräche waren ferner der Ausbau des bilateralen Handels und die Reduktion des Handelsbilanzdefizites auf chinesischer Seite durch gezielte handelspolitische Maßnahmen, insbesondere auch in grenznahen Regionen, der Bau einer Erdgas-Pipeline, Zusammenarbeit im Bereich der friedlichen Verwendung von Kernenergie, der Raumfahrt und Satellitentechnik, der zivilen Flugschiffahrt, die Erschließung forstwirtschaftlicher Ressourcen sowie der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur zwischen Russland und China.

Im Bereich der kulturellen Zusammenarbeit – die neben sicherheitspolitischer und wirtschaftlicher Kooperation als drittes Standbein mit in das Vertragsgefüge aufgenommen worden ist – wurden außerdem Aktivitäten in den folgenden Bereichen vereinbart:

- Austauschprogramme für Schüler und Studenten sowie die Einrichtung von Sprachenzentren;
- kulturelle Veranstaltungen in den Bereichen Fernsehen, Film, Theater und bildende Kunst, Einrichtung von Kulturzentren sowie Förderung der Zusammenarbeit von Medienorganen;
- Austausch zwischen den Sportorganisationen beider Länder, insbesondere Erfahrungsaustausch über die Austragung

Olympischer Spiele (die 2008 in Beijing stattfinden werden);

- Austausch im medizinischen und pharmazeutischen Bereich;
- Förderung des Tourismus;
- Förderung direkter Kontakte zwischen Regionen, insbesondere durch Austausch auf den Gebieten der Bildung, Kultur, Gesundheit und des Sports.

Schließlich verständigte man sich über gemeinsame Grundpositionen im Bereich internationaler Politik. So vergewisserten sich beide Seiten über die wichtige Rolle der Vereinten Nationen, insbesondere ihrer großen Verantwortung im Rahmen des Ständigen Ausschusses des UN-Sicherheitsrats, dem ein besonderes Gewicht bei der Sicherung des Weltfriedens zufalle. Der 1972 abgeschlossene ABM-Vertrag wurde wie bisher als „Eckstein“ des internationalen Sicherheitsgefüges bewertet, jedoch wurde im Schlusskommuniqué darauf verzichtet, die NMD-Pläne der USA explizit als Gefährdung des Vertragsgefüges zu benennen. Besorgnis brachten die Vertreter beider Staaten über die Situation im Mittleren Osten, im Irak und in Afghanistan, aber auch auf der koreanischen Halbinsel zum Ausdruck. Schließlich wurde die Dringlichkeit einer gemeinsamen Bekämpfung von „Terrorismus, Separatismus und Extremismus“ wiederholt, die Russland und China im Rahmen der „Shanghai-Organisation für Zusammenarbeit“ (vgl. C.a., 2001/6, Ü 1) vorantreiben wollen.

Ein erstes Arbeitstreffen dieser im Juni 2001 aus der Taufe gehobenen Organisation fand am 13. und 14. September in Kasachstan statt. Anders als der Besuch Zhu Rongjis in Russland stand sein Besuch in Kasachstan vollständig im Zeichen der Ereignisse des 11. September (vgl. den Beitrag „Chinas Reaktionen auf die Anschläge vom 11. September“ in diesem Heft). (Xinhua, 5., 7., 11.9.01, nach BBC PF, 5., 7., 11.9.01; XNA, 5., 10., 12., 13.9.01; RIA news agency, 7.9.01, nach BBC PF, 7.9.01; ITAR-TASS news agency, 8., 11.9.01, nach BBC PF, 8., 11.9.01; FT, 10.9.01; *Ta Kung Pao*, 14.9.01, nach FBIS, 14.9.01) -hol-

Innenpolitik

5 6. Plenartagung des XV. ZK der KPCh

Vom 24. bis 26. September fand in Beijing die sechste Plenartagung des XV. Zentralkomitees der KPCh statt. Ein ausführlicher Beitrag zur Analyse der Agenda dieser Tagung, der voraussichtlich letzten Vollversammlung des Zentralkomitees vor dem für den Herbst 2002 anberaumten XVI. Parteitag, befindet sich im hinteren Teil dieses Heftes. -hol-

6 Neuer Plan zur Armutsbekämpfung 2001-2010

Nachdem ein im Jahr 1994 aufgelegtes siebenjähriges Programm zur Armutsbekämpfung im vergangenen Jahr ausgelaufen ist, hat der Staatsrat einen neuen Plan zur Armutsbekämpfung in den kommenden zehn Jahren aufgelegt. Unter dem Titel „Armutsbekämpfung für Chinas Dörfer 2001-2010“ wurden die Kriterien für die Allokation entsprechender staatlicher Finanzmittel neu formuliert und neue Schwerpunkte der Armutsbekämpfung gesetzt.

Unter dem bisherigen „8-7“-Programm – Hilfe für 80 Millionen Arme über sieben Jahre – waren 592 Kreise, in denen das durchschnittliche Einkommen unterhalb einer bestimmten Grenze lag und die damit automatisch als „arme und Not leidende Kreise“ kategorisiert worden waren, in den Genuss staatlicher Subventionen gekommen. Nach den neuen Plänen sollen, so weit bekannt ist, in Zukunft die Kriterien für die Mittelvergabe erweitert werden, indem etwa Faktoren wie die Ausstattung der lokalen Infrastruktur oder die kommunale Haushaltssituation berücksichtigt werden. Auch behält sich der Staatsrat zukünftig vor eine Auswahl unter den Kreisen zu treffen, die von den verschiedenen Provinzen für staatliche Hilfeleistungen vorgeschlagen werden. Der automatischen Mittelzuteilung soll damit ein Ende gesetzt werden.

Für das laufende Jahr wurden nach inoffiziellen Angaben 24,5 Mrd. RMBY für die Armutsbekämpfung reserviert. Die neuen Pläne sehen angeblich vor, 30% der zur Verfügung stehenden Gelder für Dörfer freizuhalten, die nicht auf der Vorschlagsliste stehen.

Den Angaben zu Folge soll die Betonung in Zukunft weniger auf einer einkommensbezogenen Armutsbekämpfung als auf einer nachhaltigen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung armer Regionen liegen. Dies geht auch aus einer Rede hervor, die Jiang Zemin anlässlich einer zentralen Arbeitskonferenz zu dem Thema im Mai dieses Jahres verlesen hatte. Darin forderte er, Finanztransfers in die bedürftigen Gebiete mit Maßnahmen in den Bereichen des Infrastrukturausbaus, der Technologieförderung, der Schulbildung und der Verbreitung staatsbürgerlicher Grundkenntnisse zu verbinden. Unter dem Motto „Hilfe zur Selbsthilfe“ sollten die betroffenen Menschen angeleitet werden, sich selbst dauerhaft aus der Armut zu befreien; auch sei einem Rückfall in die Armut vorzubeugen. Rat solle man dabei nicht nur aus erfolgreichen, sondern auch aus gescheiterten Projekten der internationalen Entwicklungshilfe beziehen, da vor allem auch aus negativen Erfahrungen Lehren gezogen werden könnten. Lokale Anstrengungen müssten durch eine weitsichtige Wirtschaftspolitik der Zentralregierung ergänzt werden. Insbesondere seien die Nachfragestrukturen auf den Arbeits- und Gütermärkten im ganzen Land zu berücksichtigen, um abschätzen zu können, wie viel ländliche Arbeitskraft vom Agrarsektor in den Industrie- bzw. Dienstleistungssektor gelenkt werden könne.

Experten kritisierten die dem neuen Programm zugrunde liegende Definition von „bedürftigen Personen“, auf deren Grundlage die Zahl der Armen auf die unrealistische Größenordnung von nur noch 30 Millionen gesenkt werde. Problematisch sei die Definition vor allem, weil sie ihr Augenmerk auf abgelegene ländliche Gebiete, vor allem in der Autonomen Region Tibet und anderen Grenzregionen, richte, die Armut bedürftiger Bevölkerungsschichten in anderen Landesteilen dagegen außer Acht lasse.